

Der Kampf für ein soziales Europa: Gewerkschaften und die neoliberale Umstrukturierung der Europäischen Union¹

Andreas Bieler

Einleitung

Seit Mitte der 80er Jahre wurde die Europäische Union (EU) im neoliberalen Sinne umstrukturiert und in Richtung eines marktorientierten, anglo-amerikanischen Kapitalismusmodells weiterentwickelt. Das zeigt sich am gemeinsamen Binnenmarkt mit seinem Schwerpunkt auf dem freien Wettbewerb und auch an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie der damit einhergehenden Niedriginflationspolitik und Preisstabilität (Bieler 2006b). Die flankierenden sozialen Maßnahmen, die die EU ergriffen hat, ändern an diesem grundlegenden Kurs nichts. Van Apeldoorn spricht daher vom hegemonialen Kompromiss des »eingebetteten Neoliberalismus«, der vor allem von transnationalen sozialen Klassenkräften des Kapitals getragen wird (van Apeldoorn 2002).

Die aus dem gemeinsamen Markt und der WWU resultierenden Zwänge sind ungleich verteilt. Während das Kapital Flexibilität und Freizügigkeit gewann, verloren Staaten die Möglichkeit, die nationale Wirtschaft durch eine Abwertung der nationalen Währung und das Senken der Zinssätze zu stimulieren. Darüber hinaus hat es die Einführung des Euros erleichtert, Lohnkosten über nationale Grenzen hinaus miteinander zu vergleichen. ArbeiterInnen und Gewerkschaften als deren institutionelle Vertreter sind daher am meisten unter Druck geraten. ArbeiterInnen in industriellen Bereichen mit niedrigeren Produktivitätszuwächsen geraten dabei unter Druck, niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, um den Produktionsstandort wettbewerbsfähig zu halten. »This may happen even without asymmetric shocks, insofar as employers (and governments) seek price advantages, no longer attainable by currency depreciation, through wage and benefit cuts instead.« (Martin und Ross 1999, 345) Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die generelle Deregulierung und Liberalisierung innerhalb des gemeinsamen Marktes und der WWU einen allgemeinen Druck auf die Arbeitsmärkte ausübte, mit dem Resultat, dass Löhne gesenkt und Arbeitsbedingungen verschlechtert wurden. Das Ziel war, konkurrenzfähig zu bleiben. »The logic of »regime competition« ... has become a main feature and a driving force of current industrial adjustments within the European Union.« (Bieling 2001, 94)

Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, warum Gewerkschaften überhaupt den Schritten der Neoliberalisierung der EU zugestimmt haben. Bieling (2001, 100) nennt drei Gründe, warum Gewerkschaften im Allgemeinen dem Projekt des gemeinsamen Marktes zugestimmt haben. Erstens hatten auch Gewerkschaften vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession und der zunehmenden Wichtig-

keit des neoliberalen Diskurses Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre angefangen zu akzeptieren, dass eine gewisse Deregulierung und Privatisierung wirtschaftlich von Vorteil oder zumindest nicht zu vermeiden war. Zweitens hatten einige Gewerkschaften die Hoffnung, dass der gemeinsame Markt ein erster Schritt in Richtung einer politischen wie auch sozialen Union sei, die die notwendigen Regulierungen auf europäischer Ebene beinhalten würde. Drittens war es Jacques Delors in seiner Funktion als Präsident der Kommission und sein Drängen auf eine soziale Komponente als Gegenstück zur wirtschaftlichen Integration, der die Gewerkschaften davon überzeugte, dem gemeinsamen Markt zuzustimmen. Sie erhofften sich, dass diese Vertiefung der Integration auch für sie eine Rolle auf europäischer Ebene bereithalten würde. Schwieriger war es für Gewerkschaften, die WWU mit den neoliberalen Konvergenzkriterien sowie der unabhängigen, sich außerhalb demokratischer Kontrolle befindenden Europäischen Zentralbank (EZB) zu akzeptieren. Die Gewerkschaften stimmten schließlich der WWU zu, teils weil der Maastrichter Vertrag auch die so genannte soziale Dimension beinhaltete, die es Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ermöglichte, direkt miteinander zu verhandeln, teils weil sie Anfang der 90er Jahre, einer Zeit der Wirtschaftsrezession und hoher Arbeitslosigkeit, politisch einfach zu schwach waren. Gewerkschaften waren zu der Zeit nicht in der Position, mehr zu verlangen (Bieling 2001, 105). Diese Unterstützung war jedoch nicht unkritisch, sondern von einer Ja-Aber-Haltung charakterisiert. Die europäische Integration an sich wurde unterstützt, aber zusätzlich wurden eine soziale Politik und soziale Maßnahmen gefordert.

Allerdings hat diese Haltung zu keiner merklichen Veränderung des neoliberalen Kurses der EU geführt. Stattdessen, so wird oft argumentiert, sei die Entwicklung in einen symbolischen Eurokorporatismus gemündet, in dem Gewerkschaften zu den allgemeinen Diskussionen beitragen könnten, ohne jedoch maßgeblichen Einfluss auf einzelne Politikvorschläge auszuüben (e. g. Ryner/Schulten 2003). Taylor und Mathers (2002, 54) formulieren es folgendermaßen: »The social partnership« approach that dominates the thinking of leading members of the European labour movement amounts to a strategy that not only further abandons the autonomy of the labour movement but confirms the logic of neo-liberalism through »supply side corporatism« or »progressive corporatism«.« Gewerkschaften werden also angeklagt, sie hätten sich in die neoliberale Umstrukturierung mit einbeziehen lassen und seien deshalb von keinerlei Bedeutung für die anti-neoliberale Bewegung. Gewerkschaften, so heißt es, könnten kein Teil des Widerstandes sein, da sie zu stark mit dem System selbst verweben seien.

Mit diesem Artikel möchte ich zeigen, dass diese Analysen Gewerkschaften zu schnell beiseite schieben. Im ersten Abschnitt werde ich die Positionen einiger nationaler ArbeiterInnenbewegungen bezüglich der WWU analysieren und zeigen, dass Gewerkschaften keineswegs die neoliberale Umstrukturierung akzeptiert haben. Sie waren vielmehr zu schwach im Kampf um das zukünftige europäische Kapitalismusmodell, um eine andere Richtung zu erwirken. Ausgehend davon wird dann der zweite Abschnitt die Möglichkeiten von Gewerkschaften beurteilen, die Politik innerhalb der EU zu beeinflussen. Ich werde zeigen, dass trotz der strukturellen Benachteiligung von Gewerkschaften im Institutionengefüge der EU sie dennoch Strategien verfolgen können, die ihnen eine bedeutende Rolle ermöglichen. Der abschließende Abschnitt dieses Artikels wird die Ergebnisse zusammenfassen und eine

Einschätzung der Möglichkeiten von Gewerkschaften im Widerstand gegen den Neoliberalismus abgeben.

Gewerkschaften und die Wirtschafts- und Währungsunion

Eine detaillierte Analyse der österreichischen, britischen, deutschen, französischen und schwedischen ArbeiterInnenbewegungen zeigt deutlich, dass die große Mehrzahl der Gewerkschaften, einschließlich derer, die die WWU befürworteten, die neoliberale Umstrukturierung nicht akzeptiert haben (Bieler 2006a). Im Folgenden werden die Positionen der deutschen und britischen Gewerkschaften als Beispiele dargestellt. Die deutschen Gewerkschaften, mit Ausnahme der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), befürworteten die WWU, teilweise, weil sie den exportorientierten Sektoren der Wirtschaft half, größere Stabilität für den Handel zu erhalten, teilweise, weil sie es als ihre historische Pflicht ansahen, die europäische Integration zu unterstützen.

Die Währungsunion ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Vertiefung der europäischen Integration. Mit einem Scheitern des Projektes Währungsunion wäre zugleich ein hohes Risiko bezüglich der künftigen politischen Entwicklung Europas verbunden. Der Rückfall in nationalstaatliche Borniertheiten wäre nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für andere eine reale Gefahr.

(IG Metall 1996, 1)

Dennoch kritisierten sie die neoliberalen Konvergenzkriterien der WWU und die einseitig auf Preiswertstabilität ausgerichtete Geldpolitik. Die deutschen Gewerkschaften forderten im Allgemeinen eine aktive Beschäftigungspolitik auf nationaler und europäischer Ebene und eine flexiblere Interpretation der Konvergenzkriterien. Einige wollten den Konvergenzkriterien auch ein Arbeitslosigkeitskriterium hinzufügen, um Beschäftigung und Wachstum eine größere Bedeutung zu verleihen. Andere wiederum forderten, dass die Lohnsteigerungen die jährlichen Preissteigerungsraten sowie die Produktivitätsfortschritte berücksichtigt sollte, um die Binnennachfrage zu sichern, und dass die europäischen Steuersätze einander angeglichen werden, um einen Wettbewerb nationaler Produktionssysteme zu vermeiden. Der Dachverband der deutschen Gewerkschaften, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), fasste diese Bedingungen für eine Unterstützung der WWU auf seiner Bundesvorstandssitzung am 8. April 1997 in Berlin zusammen. Unter anderem wurde gefordert, dass sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, »keine weiteren sozialen Einschnitte und Kürzungen von öffentlichen Investitionen vorzunehmen«. Auch »die Beschäftigungspolitik und das Beschäftigungsziel müssen im Vertrag eindeutig verankert werden ...« (DGB 1997). Diese Argumente basieren auf dem Verständnis, dass Beschäftigungspolitik nicht nur struktureller Maßnahmen bedarf, sondern auch einer nachfrageorientierten Politik. Öffentliche Investitionen in europaweite Infrastrukturprogramme sind diesbezüglich eine Möglichkeit (Bieler 2003a, 34-6).

Die britischen Gewerkschaften waren in ihrer Haltung gegenüber der WWU gespalten. Auf der einen Seite unterstützten zwar Gewerkschaften, die wie AMICUS ArbeiterInnen der exportorientierten und transnationalen Produktionsbereiche organisieren, die WWU, da die Produktionsbereiche unter dem ungünstigen Wechselkurs Euro – Pfund litten und eine WWU-Mitgliedschaft ihrer Meinung nach dieses Problem beseitigen würde. Andererseits jedoch kritisierten die Gewerkschaften, die

ArbeiterInnen in nationalen Produktionsstrukturen vertreten, wie zum Beispiel die Gewerkschaft des öffentlichen Bereiches UNISON, die WWU vehement und lehnten eine britische Mitgliedschaft ab. Die WWU würde die öffentlichen Ausgaben beschränken und habe daher eine negative Auswirkung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, so ihre Argumentation. Die fehlende demokratische Kontrolle der EZB wurde ebenfalls angeführt. Diese Kritik wird auch von den Gewerkschaften geäußert, die wie die GMB ArbeitnehmerInnen in der transnationalen Industrie wie auch dem nationalen, öffentlichen Sektor vertreten und daher die Position beider Seiten verstehen (Bieler 2003a, 31-4). Die Ablehnung der WWU durch britische Gewerkschaften des öffentlichen Sektors zeigt ihre Opposition gegenüber der neoliberalen Umstrukturierung. Gewerkschaften der transnationalen Industriesektoren widersetzen sich jedoch ebenfalls dem Neoliberalismus. Wie Strange zeigt, haben britische Gewerkschaften schon immer eine Erweiterung der makroökonomischen Kompetenz der EU gefordert. Im Gegenzug zu ihrer Unterstützung der WWU forderten sie eine stärkere Berücksichtigung der Beschäftigung (Strange 1997, 21-3). In diesem Sinne unterstützen sie ein euro-keynesianisches makroökonomisches Managementprojekt, das auf einer zentralisierten fiskalen und monetären Politik in einer föderalen Union basiert und mit den industriellen Beziehungen einer sozialen Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf europäischer Ebene verbunden wird (Strange 2002, 356-7). Es ist daher wichtig, sich daran zu erinnern, dass ein hegemoniales Herrschaftssystem immer umstritten ist und daher konstant neu bestätigt werden muss. Wie Schulten richtig zeigt, muss die materielle Basis der gewerkschaftlichen Unterstützung für die WWU immer wieder neu bestätigt und neu geschaffen werden (Schulten 2000, 224). Obwohl viele Gewerkschaften die WWU akzeptiert haben, bedeutet das also nicht, dass sie Teil einer starken Allianz sozialer Kräfte geworden sind, die den Kompromiss des »eingebetteten Neoliberalismus« unterstützen und tragen. Die neoliberale Hegemonie ist offen für Wandel und aus diesem Konflikt heraus ergeben sich mögliche Alternativen zum Neoliberalismus.

Gewerkschaften innerhalb der EU

Die relative Schwäche gewerkschaftlicher Kooperation über nationale Grenzen hinweg ist eines der größten Probleme für Gewerkschaften. Es gelingt ihnen daher nicht, europäische Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Unterschiedliche Sprachen, Kulturen und die verschiedenen nationalen Systeme industrieller Beziehungen erschweren eine Kooperation zusätzlich. Das Kapital hingegen ist um einiges beweglicher als ArbeitnehmerInnen. Das kann jedoch nicht bedeuten, dass eine Kooperation nationaler Arbeiterbewegungen auf europäischer Ebene prinzipiell nicht möglich ist. Allerdings sind die Gewerkschaften im institutionellen Gefüge der EU benachteiligt. Die intergouvernementalen Institutionen wie der Europäische Ministerrat sind außerhalb des Einflusses von Gewerkschaften und anderen Interessensgruppen. Was die Europäische Kommission betrifft, so haben Gewerkschaften sehr gute Kontakte zur Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit. Innerhalb der Kommission ist diese Generaldirektion jedoch eher von zweitrangiger Bedeutung. Die Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen sowie die Generaldirektion Wettbewerb sind weitaus einflussreicher und bestimmen durch ihren Schwerpunkt

auf der europäischen Wettbewerbsfähigkeit oft den überwiegend neoliberalen Politikurs der Kommission (Rosamond 2002). Sie nehmen auf die sozialen Implikationen dieser Politik keine Rücksicht, selbst wenn diese von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit aufgezeigt werden (Martin/Ross 1999, 333). Zwar haben Gewerkschaften auch relativ gute Kontakte zum Europäischen Parlament (Greenwood 2003, 159), innerhalb der EU jedoch ist das Parlament eine eher schwächere Institution und der politische Einfluss über das Parlament daher eher begrenzt.

Der branchenübergreifende soziale Dialog zwischen dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) einerseits und der Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE) andererseits ermöglicht es seit dem Maastrichter Vertrag Anfang der 90er Jahre, auf Politik Einfluss auszuüben und hat inzwischen zu ersten konkreten Ergebnissen geführt. Bislang konnten Vereinbarungen über den Elternurlaub (1996), Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse (1997) und befristete Beschäftigungsverträge (1999) erzielt werden (Falkner 1998). Insgesamt jedoch sind diese Ergebnisse eher mager. Die Anzahl dieser Abkommen ist bescheiden und es handelt sich hier um Rahmenabkommen, die lediglich Minimumstandards festlegen. Darüber hinaus kann der soziale Dialog keinen Einfluss auf die makroökonomische Ausrichtung der EU nehmen. Auch sind das Streikrecht und kollektive Lohnverhandlungen nicht Teil des Dialogs (Greenwood 2003, 68, 150). Der soziale Dialog auf sektoraler Ebene ist noch weniger entwickelt (Keller 2003) und die Europäischen Betriebsräte, obwohl wichtig für die Mitbestimmung innerhalb transnationaler Konzerne, sind ein zweischneidiges Schwert, das möglicherweise einen Keil zwischen die relativ privilegierten ArbeiterInnen dieser Konzerne und ArbeiterInnen am Rande des Arbeitsmarktes treibt (Martin/Ross 1999, 343-4).

Trotz dieser benachteiligten Situation innerhalb der europäischen Institutionen haben Gewerkschaften dennoch unterschiedliche Möglichkeiten und Strategien zur Verfügung, die eine erfolgreiche Kooperation über Grenzen hinaus erlauben und die Benachteiligung wettmachen können. Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) und der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) geben auf unterschiedliche Art zwei gute Beispiele, wie man sich der neoliberalen Umstrukturierung widersetzen kann. Vor dem Hintergrund der transnationalen Produktionsstruktur des Metallsektors und der Einführung einer einheitlichen Währung hat sich der EMB seit Anfang der 90er Jahre auf eine europäische Koordinierung gewerkschaftlicher Tarifpolitik konzentriert. Ziel ist es, die Lohnpolitik nicht zum Gegenstand nationaler Wettbewerbsstrategien zu machen und damit Lohn- und soziales Dumping innerhalb der EU zu vermeiden. »Gegen das vorherrschende Muster einer *wettbewerbsorientierten* Lohnpolitik setzt der EMB damit das Konzept einer *wettbewerbsneutralen* Lohnpolitik, die bewusst darauf verzichtet, durch eine zurückhaltende Lohnpolitik nationale Wettbewerbsvorteile auf Kosten der europäischen Nachbarländer zu erzielen.« (Schulten 2004, 286) Erzielt werden soll das über eine gemeinsame Formel für nationale Tarifverhandlungen, die sich am Ausgleich der Inflationsrate und an einer entsprechenden Beteiligung der ArbeitnehmerInneneinkommen an den Produktivitätsfortschritten orientiert. Zusätzlich versucht der EMB auch, eine Angleichung und Anhebung der unterschiedlichen nationalen Arbeitsbedingungen zum Thema der Tarifpolitik zu machen. Das beinhaltet sowohl Initiativen im Bereich der Arbeitszeit mit dem Ziel einer Jahreshöchstarbeitszeit von 1.750 Stunden

den als auch Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Der Erfolg dieser Strategie ist nicht immer eindeutig. Zum einen war der EMB sehr erfolgreich, was den Austausch an Information über die Tarifpolitik in den einzelnen EU-Ländern betrifft. Auch hat die Zielsetzung der 1.750-Stunden-Jahreshöchstarbeitszeit zu konkreten Erfolgen in einigen nationalen Tarifverhandlungen geführt. Andererseits sind die Ergebnisse nationaler Lohnverhandlungen seit einiger Zeit außerhalb der Vorgaben der Koordinierungsformel geblieben. Wenn man jedoch bedenkt, dass nationale Gewerkschaften zunehmend auf diese Formel in Verhandlungen hinweisen, dann kann daraus durchaus geschlossen werden, dass sie positive Auswirkungen hat (Schulten 2004, 284-94). Drei Vorteile dieser Strategie sind es wert, hervorgehoben zu werden: (1) die ohnehin selten gegebene Bereitschaft von Arbeitgeberverbänden, mit Gewerkschaften zu kooperieren, ist keine notwendige Voraussetzung; (2) die benachteiligte Position der Gewerkschaften innerhalb des institutionellen Gefüges der EU spielt keine Rolle, da eine interne Gewerkschaftskooperation auf europäischer Ebene nicht von den EU-Institutionen abhängt; und (3) diese Strategie erlaubt es, nationale Unterschiede mit einzubeziehen. Wenn der Produktivitätszuwachs in einem Land niedriger ist als in einem anderen, dann sind die Gehaltsforderungen ebenfalls niedriger. Die Wettbewerbssituation wird dadurch nicht beeinträchtigt (Bieler 2005, 471-3).

Der EGÖD organisiert vor allem ArbeitnehmerInnen im Bereich des traditionellen öffentlichen Sektors einschließlich des Gesundheitswesens und Bereichen wie der Wasser- und Stromversorgung. Angesichts intensiver Bemühungen der Europäischen Kommission, den öffentlichen Dienstleistungsbereich zu liberalisieren und für private Anbieter zu öffnen, ist der EGÖD zunehmend aktiv geworden. Innerhalb der EU ist dabei vor allem die vorgeschlagene Dienstleistungsrichtlinie von Bedeutung. Auf der globalen Ebene wird die Liberalisierung des Angebots öffentlicher Dienstleistungen zudem in den GATS-Verhandlungen im Rahmen der WTO diskutiert. Ziel des EGÖD ist es, den öffentlichen Dienstleistungsbereich innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten zu erhalten und gegen eine neoliberale Umstrukturierung zu schützen. Dem Beispiel des EMB folgend hat der EGÖD damit begonnen, auf eine europäische Koordinierung nationaler Tarifverhandlungen hinzuwirken. Auch hat der EGÖD seine Lobbyaktivitäten hinsichtlich der EU-Institutionen intensiviert und sich auch verstärkt um einen Dialog mit Arbeitgeberverbänden bemüht. Die innovativste Strategie ist jedoch eine zunehmende Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen, die sich ebenfalls um die Erhaltung des öffentlichen Dienstleistungssektors bemühen. So hat der EGÖD in Bezug auf GATS an Demonstrationen am 9. Februar 2003 teilgenommen, die von belgischen Gewerkschaften und ATTAC organisiert waren und das Ziel hatten, öffentliche Dienstleistungen aus den Verhandlungen herauszuhalten. Die verstärkte Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen lässt sich auch am Beispiel der öffentlichen Beschaffungsrichtlinie (public procurement directive) darstellen. Hier haben der EGÖD und einige andere europäische Gewerkschaftsausschüsse mit Umwelt- und Sozialverbänden, wie zum Beispiel Greenpeace Europa oder die Soziale Plattform, kooperiert, damit soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge mit einbezogen werden können (Coalition for Green and Social Procurement 2002). Der EGÖD ist also eine enge Verbindung mit anderen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen eingegangen, was die Basis für den Widerstand gegen die neoliberale Umstrukturierung des öffentlichen Dienstleistungsbereiches vergrößert hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl die Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen als auch die Koordinierung nationaler Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene durchaus Strategien darstellen, die es Gewerkschaften ermöglichen, sich der zunehmenden neoliberalen Umstrukturierung zu widersetzen. Interessanterweise verfolgt auch der EGB selbst zunehmend diese Strategien. So übernahm der EGB im Sommer 1999 die Koordinierung nationaler Tarifrunden als eine seiner vier Hauptaufgaben und etablierte diesbezüglich eine interne Kommission (Schulten 2002, 21-2). Im Dezember 2000 wurde dann die Empfehlung angenommen, nationale Tarifrunden auf europäischer Ebene zu koordinieren. Dabei befolgte der EGB genau die Formel, die der EMB bereits ausgegeben hatte. Nationale Gewerkschaften sollten sicherstellen, dass die Inflationsrate ausgeglichen und die Beteiligung der ArbeitnehmerInneneinkommen an den Produktivitätszuwächsen sichergestellt ist. Ziel ist es, den weiteren Fall der ArbeitnehmerInneneinkommen als Anteil des BSP zu vermeiden, damit die Binnenmarktnachfrage innerhalb der EU nicht weiter geschädigt wird (Mermet 2001, 52-61, 181-2). In den Augen des EGB ist diese Koordinierung die einzige Möglichkeit, wettbewerbsorientiertes Lohndumping innerhalb der EU zu vermeiden (Eironline, 1. Juni 2004, <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2004/05/feature/eu0405205f.html>, 27/10/2004). Weiterhin hat sich der EGB verstärkt um Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen bemüht und war aktiv an mehreren europäischen Sozialforen, dem Treffpunkt europäischer anti-neoliberaler Globalisierungsgruppen, beteiligt (siehe unten). Die Bemühungen des EGB sind auch an der Organisation großer Demonstrationen anlässlich der EU-Gipfel in Nice (2000) und Barcelona (2002) und an der Koordinierung von Aktionstagen für ein soziales Europa am 2. und 3. April 2004 zu erkennen (Eironline, 5. April 2004, <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2004/04/inbrief/eu0404203n.html>; 27/10/2004).

Perspektiven für ein anderes Europa

Dieser Artikel hat am Beispiel britischer und deutscher Gewerkschaften gezeigt, dass diese bei weitem nicht die neoliberale Umstrukturierung der EU akzeptiert haben. Selbst die Gewerkschaften, die die Einführung einer gemeinsamen Währung befürworteten, forderten eine Umorientierung der makroökonomischen Ausrichtung der EU. Weiters wurde gezeigt, dass die Koordinierung nationaler Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene und die verstärkte Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen zwei mögliche Strategien darstellen, die es Gewerkschaften erlauben, sich dem Neoliberalismus zu widersetzen, obwohl die Gewerkschaften innerhalb der europäischen Institutionen strukturell benachteiligt sind. Auf diese mögliche Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen soll hier zum Abschluss noch näher eingegangen werden.

Eine Anzahl von nationalen und übernationalen Basisbewegungen ist mittlerweile hervorgetreten und beginnen, sich dem neo-liberalen Kurs der EU zu widersetzen. Es ist das Europäische Sozialforum (ESF), das sich zum Treffpunkt des Widerstandes für diese Gruppen entwickelt hat. Vom 6. bis zum 10. November 2002 trafen sich Gewerkschaften, NGOs und soziale Bewegungen zum ersten Mal in diesem Rahmen in Florenz/Italien. Zwischen 40.000 und 60.000 Delegierte nahmen an 400 Treffen teil, die sich mit den folgenden drei Hauptthemen beschäftigten: »Globalisierung und (Neo-) Liberalismus«, »Krieg und Frieden« sowie »Rechte-Citizenship-Demokratie«.

Das ESF gipfelte in einer der größten Antikriegsdemonstrationen am Nachmittag des 9. November, als laut Polizeiberichten 500.000 DemonstrantInnen, laut OrganisatorInnen sogar fast eine Million, friedlich durch die Straßen von Florenz marschiert sind und gegen den bevorstehenden Krieg im Irak protestierten (Bieler/Morton 2004). Selbstverständlich gab es Unterschiede zwischen den einzelnen sozialen Bewegungen wie auch etablierten Gewerkschaften einerseits und den neuen, radikaleren Gewerkschaften andererseits. Während etablierte Gewerkschaften, wie z. B. der EGB, weiterhin die Wichtigkeit einer Sozialpartnerschaft mit Arbeitgebern betonen, um die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, konzentrieren sich radikalere Gewerkschaften, wie z. B. die französische *Solidaires Unitaires et Démocratique* (SUD), auf Streiks als wichtigste Form des Widerstandes sowie auf eine verstärkte Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen, um die soziale Basis des Widerstands zu erweitern. Darüber hinaus gab es auch Spannungen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Während soziale Bewegungen der internen hierarchischen Organisation von Gewerkschaften oft skeptisch gegenüber stehen und deren anti-neoliberale Haltung in Zweifel ziehen, hinterfragen Gewerkschaften die Repräsentativität und Rechenschaftspflicht von sozialen Bewegungen. Diese Unterschiede sollten jedoch nicht über die Gemeinsamkeiten hinwegtäuschen. Trotz ihrer unterschiedlichen inneren Struktur und ihren unterschiedlichen Strategien identifizierten alle in Florenz anwesenden Gruppen den Neoliberalismus in seiner ökonomischen wie auch militaristischen Version als Hauptgegner. Deshalb konnten auch mehrere Gebiete für gemeinsame Aktivitäten gefunden werden, wie z. B. weltweit am 15. Februar 2003 gegen den bevorstehenden Irakkrieg zu demonstrieren. Weiters wurden gemeinsame Aktivitäten gegen die neoliberale Umstrukturierung des öffentlichen Dienstleistungsbereiches vereinbart wie auch die Forderung nach einem europäischen Mindesteinkommen gestellt. Auch der Kampf gegen Steuerflucht und der Kampf für die Einführung einer Tobinsteuer auf internationale Geldüberweisungen wurden beschlossen (Bieler/Morton 2004). Seit Florenz fanden weitere ESFs in Paris (2003), London (2004) und Athen (2006) statt. Die Kooperation zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen ist nach wie vor schwierig, aber der Kampf gegen die Privatisierung des öffentlichen Sektors und die allgemeine neoliberale Umstrukturierung stehen immer noch im Vordergrund (Bieler/Morton 2006).

Natürlich darf nicht vergessen werden, dass weder Gewerkschaften noch soziale Bewegungen automatisch ein Teil des Widerstandes sind. Eine Analyse schwedischer Gewerkschaften und ihrer Position gegenüber der WWU machte deutlich, dass vor allem die gewerkschaftlichen Dachverbände wie auch die Gewerkschaften der transnationalen Industriesektoren mittlerweile einige neoliberale Prinzipien, wie z. B. die Niedriginflationpolitik, akzeptiert haben. Sie sind daher weit weniger leicht für einen Widerstand gegen den Neoliberalismus zu gewinnen, als es noch Anfang der 90er Jahre der Fall war (Bieler 2003b). Auch die Osterweiterung der EU hat die Gefahr einer Spaltung der west- und osteuropäischen Gewerkschaften hervorgebracht. Es waren westeuropäische Gewerkschaften, und hier vor allem österreichische und deutsche Gewerkschaften, die über ihre nationalen Regierungen erfolgreich eine siebenjährige Übergangsperiode für die Freizügigkeit der ArbeiterInnen aus den neuen Mitgliedsländern erwirkt hatten, um so einheimische Arbeitsplätze zu schützen. Wie jedoch Bohle und Husz (2005, 108-9) aufzeigen könnte dieser politische Sieg, der auf einem Mangel an transnationaler Solidarität beruhte, zu einem langen Konflikt

zwischen den beiden Arbeiterbewegungen führen und damit die europäischen Gewerkschaften an sich auf lange Zeit hinaus schädigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Zukunft des europäischen Kapitalismusmodells weiterhin offen ist. Das neoliberale Modell wird nicht kritiklos hingenommen, ein erfolgreicher Widerstand hingegen ist damit allerdings noch nicht garantiert. Letztlich wird es entscheidend sein, dass sich Gewerkschaften in breitere, auf ihrer Mitgliederbasis ruhende Organisationen umformieren (Panitch 2001, 368-70). Weiter wird entscheidend sein, dass sie mit sozialen Bewegungen zusammenarbeiten, um dem neoliberalen, angloamerikanischen Modell zu widerstehen und um ein europäisches Sozialmodell neu zu etablieren. Das würde die Verbindung von traditionellen Organisationsstrukturen mit neuen Basiskräften bedeuten, die zu einer schlagkräftigen Bewegung führen könnte und in der Lage wäre, die neoliberale Umstrukturierung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene zu bekämpfen.

Literatur

- van Apeldoorn, Bastiaan (2002) *Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration*, London.
- Bieler, Andreas (2003a) Labour, Neo-liberalism and the Conflict over Economic and Monetary Union: a comparative analysis of British and German trade unions; in: *German Politics* 12/2, 24-44.
- Bieler, Andreas (2003b) Swedish trade unions and Economic and Monetary Union: the European Union membership debate revisited?; in: *Cooperation and Conflict* 38/4, 385-407.
- Bieler, Andreas (2006a) The Struggle for a social Europe: Trade unions and EMU in times of global restructuring, Manchester.
- Bieler, Andreas (2006b) European Integration and Eastward Enlargement: A historical materialist understanding of neo-liberal restructuring in Europe; in: Andreas Bieler/ Werner Bonefeld/ Peter Burnham/ Adam David Morton (Hg.) *Global Restructuring, State, Capital and Labour: Contesting Neo-Gramscian Perspectives*, Basingstoke, 71-90.
- Bieler, Andreas/ Adam David Morton (2004) »Another Europe is Possible«? Labour and social movements at the European Social Forum; in: *Globalizations* 1/2, 303-25.
- Bieler, Andreas/ Adam David Morton (2006) Canalising Resistance: historical continuities and contrasts of »alter-globalist« movements at the European Social Forums; in: Andrew Gamble et al. (Hg.) *Labour, the state, social movements and the challenge of neo-liberal globalisation*, Manchester, im Erscheinen.
- Bieling, Hans-Jürgen (2001) European Constitutionalism and Industrial Relations; in: Andreas Bieler/ Adam David Morton (Hg.) *Social Forces in the Making of the New Europe: the restructuring of European social relations in the global political economy*, Basingstoke, 93-114.
- Bohle, Dorothee/ Dora Husz (2005) Whose Europe is it? Interest group action in accession negotiations: the cases of competition policy and labor migration; in: *politique européenne* 15, 85-112.
- Coalition for Green and Social Procurement (2002) Proposal for a directive on the coordination of procedures for the award of public supply contracts, public service contracts and public works contracts; <http://www.epsu.org/projects/procure/CoalFEN.pdf>; accessed 30/01/2003.
- DGB (1997) DGB: Zustimmung zur EWWU abhängig von Ausgestaltung und Umsetzung; <http://www.dgb.de/idaten/ewwu.doc>, accessed 06/08/2001.
- Falkner, Gerda (1998) *EU social policy in the 1990's: towards a corporatist policy community*, London.
- Greenwood, Justin (2003) *Interest Representation in the European Union*, London.
- IG Metall (1996) *Europäische Währungsunion – Erläuterung, Einschätzung, Forderungen*, Frankfurt.

- Keller, Bernd (2003) Social dialogues – the state of the art a decade after Maastricht; in: *Industrial Relations Journal* 34/5, 411-29.
- Martin, Andrew/ George Ross (1999) In the Line of Fire: the Europeanization of Labor Representation; in: Andrew Martin/ George Ross (Hg.) *The Brave New World of European Labor: European Trade Unions at the Millennium*, New York/Oxford, 312-67.
- Mermet, Emmanuel (2001) Wage formation in Europe, Brussels.
- Panitch, Leo (2001) Reflections on Strategy for Labour; in: Leo Panitch/ Colin Leys with Greg Albo/ David Coates (Hg.) *The Socialist Register 2001: Working Classes, Global Realities*, London, 367-92.
- Rosamond, Ben (2002) Imagining the European Economy: »Competitiveness« and the Social Construction of »Europe« as an Economic Space; in: *New Political Economy* 7/2, 157-77.
- Ryner, Magnus/ Thorsten Schulten (2003) The Political economy of labour-market restructuring and trade union responses in the social-democratic heartland; in: Henk Overbeek (Hg.) *The Political Economy of European Employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*, London/New York, 176-98.
- Schulten, Thorsten (2000) Zwischen nationalem Wettbewerbskorporatismus und symbolischem Euro-Korporatismus – zur Einbindung der Gewerkschaften in die neoliberale Restrukturierung Europas; in: Hans-Jürgen Bieling/ Jochen Steinhilber (Hg.) *Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, 222-42.
- Schulten, Thorsten (2001) The European Metalworkers' Federation's approach to a European coordination of collective bargaining – Experiences, Problems and Prospects; in: Thorsten Schulten/ Reiner Bispinck (Hg.) *Collective bargaining under the Euro: Experiences from the European metal industry*, Brussels, 303-32.
- Schulten, Thorsten (2002) Europeanisation of Collective Bargaining: An Overview on Trade Union Initiatives for a Transnational Coordination of Collective Bargaining Policy; WSI Discussion Paper, 101, Düsseldorf.
- Schulten, Thorsten (2004) Solidarische Lohnpolitik in Europa: Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg.
- Strange, Gerard (1997) The British Labour Movement and Economic and Monetary Union in Europe; in: *Capital & Class* 63, 13-24.
- Strange, Gerard (2002) Globalisation, Regionalism and Labour Interests in the new IPE; in: *New Political Economy* 7/4, 343-65.
- Taylor, Graham/ Andrew Mathers (2002) The Politics of European Integration: A European Labour Movement in the Making?; in: *Capital & Class* 78, 39-60.

Anmerkung

- 1 Ich bedanke mich bei Marianne Bieler und Markus Peiter für die Hilfe bei der sprachlichen Überarbeitung dieses Artikels sowie bei den TeilnehmerInnen des Arbeitstreffens *Concepts of the European Social Model* in Wien, 9. Juni 2006, für Kommentare bezüglich einer früheren Version dieses Artikels.